EUROPEAN-NEWS-AGENCY.COM

EUROPEAN NEWS AGENCY

International Press Service

Ressort: Politik

Deutsches Institut für Menschenrechte seltsame Ansicht

Deutschland, 19.07.2026 [ENA]

Meinungsverbreitende Organisationen und Institute, die auch nebenbei Stimmungsmache betreiben, auch mal gerne Meldungen von vor 5 Jahren verbreiten, die sie irgendwo im Internet aufgestöbert haben, gibt es nicht nur zuhauf, die werden immer mehr in Deutschland.

Kein Wunder, werden ja häufig auch mit staatlichen Geldern direkt oder indirekt über andere Organisationen bezahlt. Und wenn bei der Informationensverbreitung das Ganze etwas oder etwas mehr übertrieben, verzerrt, aus dem Kontext whatever gebracht wird, Entschuldigung, es dient ja irgendwo der Demokratie, also der guten Sache (räusper). Nennen sich übrigens in der Fachsprache NGOs und haben ab und zu auch Zutritt zum Bundestag wegen gewisser Zusammenarbeit mit politischen Parteien und Abgeordneten, die aber rein zufällig sind.

Eine solche Institution ist das Institut für Menschenrechte. Ich wußte bisher gar nicht, das es sowas gibt, das ein NORMALER Bürger sowas braucht aber vielleicht ist das auch gar nicht für einen NORMALEN Bürger gedacht. Ausgerechnet zufällig 2015 wird ein Gesetz über die Rechtsstellung und Aufgaben des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMRG) geschaffen. In Kraft ist es am 1.1.2026 getreten. Ach so, Entschuldigung, das Institut heisst ja richtig: Deutsches Institut für Menschenrechte – soviel Zeit muß sein – obwohl, solche Institutionen oder H a t e Aid, widersetzen.com oder Gleichartige gibt es eh nur zuhauf in Deutschland, ein typisches Sammelbecken dafür.

Worum geht es heute ? Nun, am 18.06.2025 gibt die zweite Pressesprecherin des Instituts eine Pressemitteilung raus mit der Überschrift: „ Deutschland muss Menschen auf der Flucht Zugang zu Schutz gewähren „. Natürlich mit Blick auf den sogenannten Internationalen Tag des Flüchtlings am 20. Juni 2026 und erklärt, daß ja die Genfer Flüchtlingskonvention verabschiedet wurde zum Schutz der Menschen, die wegen Verfolgung, Gewalt und Entrechtung fliehen müssen.

Dann behauptet sie, das Debatten um Grenzsicherungen, Reduzierung der Asylantragszahlen und Drittstaatenkooperationen verschleiern, dass die Würde und Rechte der Menschen durch diese politischen Entscheidungen bedroht werden. Und kommt zu dem Schluß, das sich Deutschland völkerrechtlich verpflichtet hätte, geflüchteten Menschen Schutz vor Verfolgung zu bieten, und davon würde sich Deutschland immer weiter entfernen. Migranten (meine Wortwahl) werde Zugang zu individuellen Asylverfahren erschwert oder verweigert. Asylsuchende würden teilweise ohne Prüfung ihres Asylgesuchs

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

zurückgewiesen.

Zitat aus der Pressemitteilung (Schlussatz): „ Doch statt auf Abschreckung und Abschottung zu setzen, sollte Deutschland aktiv für den Flüchtlingsschutz einstehen und einen effektiven Zugang zu Schutz gewährleisten." (Zitatende).
Wenn man dann aber die Pressesprecherin des Instituts wegen ihrem offensichtlichen teilweisen Realitätsverlust, ideologischen grünorientierten Annahmen und Aussagen und bewußt fehlender Komplettdarstellung der Wahrheit anschreibt, dann passiert – nix.

Stille. Anfragen nicht erwünscht, weil man ja auf Tatsachen angesprochen wird, die man so gar nicht nachvollziehen will und hören will. Auch als ich 10 Tage später die verantwortliche Pressesprecherin kontaktiere, keine Rückinfo. Das Demokratieverständnis in diesem Institut hört eben da auf, wo andere Meinungen die unpassend sind, geäußert werden. Hier nun meine komplette ungekürzte Email im Original, die ich am 19. Juni geschickt habe. Und bis heute von beiden Pressesprecherinnen unbeantwortet blieb. Machen sie sich als Leser selbst ein Bild, ob die von mir genannten Tatsachen korrekt und von der Institution unberücksichtigt blieben. Wenn ich das kommentiere, kann ich nicht leise bleiben. Hier also der Email – Inhalt:

Guten Tag Frau S., zu Ihrer obigen Pressemitteilung und dem unteren Zitat daraus: „ Vor 75 Jahren wurde die Genfer Flüchtlingskonvention verabschiedet, um Menschen zu schützen, die aufgrund von Verfolgung, Gewalt und Entrechtung aus ihrer Heimat fliehen müssen „. Genau, Frau S., gut erkannt. Wir sind aber nicht das Sozialamt für die Welt und für Betrüger und Straftäter. Und auch nicht für Flüchtlinge, die gefälschte Ausweise mitbringen, Ausweise wegschmeissen um hier als Minderjährig durchzugehen und schon gar keine, die bei Nacht und Nebel illegal über das Meer kommen und sich den Weg durch Absperrzäune schneiden.

Desweiteren ausdrücklich nicht für Wirtschaftsflüchtlinge, die hier nur ein besseres Leben suchen, weil sie zum Start und für immer mehr Geld geschenkt bekommen als sie in ihrem Land im Jahr verdienen. Insofern ist Ihre Überschrift der Pressemitteilung pauschal und falsch, aber das beabsichtigen Sie ja damit. Es reicht heutzutage nicht mehr, ein Gehirn zu besitzen sondern man muß es auch benutzen. Empfehlenswertes Buch von Vera Birkenbihl. Ende der Email. Nur zur Klarstellung, weil es ja in Deutschland inzwischen viele bewußte Falschinterpretierer gibt, die überall reinlesen, es wären immer alle gemeint.

NEIN, alle in der Email gemachten Aussagen beziehen sich auf einen gewissen Anteil bei den Gesamtflüchtlingen, aber über diesen Teil rede ich hier konkret. Klar ? Aber das Deutschland in Europa die meisten Migranten seit 2015 dauerhaft aufgenommen hat und viele bis heute geblieben sind, das wir die meiste Kohle in Deutschland für Migration aufwenden, hohe Milliardenbeträge, das jeder mit dem Wort "

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Asyl " automatisch eine Antragsprüfung bekommt und eben nicht abgewiesen wird, ganz zu schweigen von den zahlreichen Ausnahmen, die sowieso einfach einreisen dürfen, das verschweigt bewußt diese Institution.

Bericht online lesen:
https://jetstar.en-a.de/politik/deutsches_institut_fuer_menschenrechte_seltsame_ansicht-94139/

Redaktion und Verantwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Uwe Hildebrandt

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.